

Morddrohungen in Thüringen gegen Ramelow

Ankündigungen per Brief, E-Mail und Facebook

VON SIMONE ROTHE



Bodo Ramelow (59)

ERFURT. Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat im Zusammenhang mit der Asyldebatte Morddrohungen erhalten. „Ich lasse mich nicht beeindrucken“, sagte der 59-Jährige gestern. „Ich will es aber auch nicht einfach runterschlucken.“ Sicherheitsvorkehrungen seien verstärkt worden. Ramelow gab an, per Brief, E-Mail und über Facebook drei Morddrohungen erhalten zu haben. „Der sprachliche Bezug zur Flüchtlingsdebatte ist eindeutig“. Es sei auffällig, dass die Zahl der Beschimpfungen über soziale Netzwerke immer dann steige, wenn es um Flüchtlingsunterkünfte gehe. Zudem habe ihn ein Unbekannter am Sonntag in Weimar beim Gedenkakt zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald als Brandstifter beschimpft.

Außerdem bestätigte die stellvertretende Regierungssprecherin Marion Wolf, dass an Ramelow's Büro in der Erfurter Staatskanzlei ein Brief mit weißem Pulver eingegangen ist. Zu weiteren Details wollte sie sich nicht äußern. Für den Ministerpräsidenten würden Sicherheitsvorkehrungen „immer der Situation entsprechend“ getroffen, betonte Wolf. Regierungssprecher Alexander Fischer teilte über den Kurznachrichtendienst Twitter mit, dass die Landesregierung jegliche Bedrohung von Politikern verurteile und „den Weg einer humanitären Flüchtlingspolitik“ fortsetze.

Die rot-rot-grüne Regierung in Erfurt hatte als eine ihrer ersten Amtshandlungen einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge erlassen. Derzeit wird ein Standort für eine dritte Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge gesucht – im Gespräch dafür ist eine ehemalige Bundeswehrkaserne in Mühlhausen. Dieses Gelände wird von der Regierung bevorzugt. Es gebe nach einer Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes einen Vorrang für diese Immobilie, sagten Ministerpräsident Ramelow und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne) gestern dazu in Erfurt. Das sei noch keine Entscheidung. Das Landesamt sei beauftragt, eine Tiefenprüfung vorzunehmen. Der Regierung sei es wichtig, dass neben der Erstaufnahme-Einrichtung auch eine gewerbliche Nutzung möglich sei. Neben Mühlhausen wurden auch die beiden Standorte Rudolstadt und Erfurt-Waltersleben als neue Erstaufnahmelager untersucht.

KURZ GEMELDET

3,3 Promille: Autofahrer bei Unfall schwer verletzt

BURKAU. Ein betrunkenen Autofahrer ist in der Nähe des ostsächsischen Burkau im Landkreis Bautzen bei einem Unfall schwer verletzt worden. Der 54-jährige Mann am Steuer kam in einer Rechtskurve mit seinem Wagen von der Straße ab und prallte gegen zwei Bäume, wie die Polizei gestern nach ihren ersten Ermittlungen mitteilte. Ein Alkoholtest bei dem verletzten Unfallfahrer ergab Angaben der Behörden zufolge einen Wert von 3,3 Promille. Bei dem Unfall entstand laut Polizei am Sonntagmittag laut ersten Schätzungen ein Schaden von etwa 10 000 Euro.

Haseloff trifft den Papst zum Vier-Augen-Gespräch

MAGDEBURG. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) wird am Freitag in Rom von Papst Franziskus empfangen. Thema soll das Luther-Reformationsjubiläum 2017 sein, wie Regierungssprecher Matthias Schuppe gestern mitteilte. Dabei geht es unter anderem um Fragen der Ökumene und die Rolle Sachsen-Anhalts als Kernland der Reformation. Geplant ist ein Vier-Augen-Gespräch. Zur Delegation zählt auch Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD). Gespräche mit der evangelischen Kirche stehen ebenso auf dem Programm der Reise, die am Donnerstag beginnt.

Sachsen vergibt Stipendien für Schulbesuch im Ausland

DRESDEN. 25 Jugendliche aus sächsischen Schulen können im Herbst für vier Wochen im Ausland lernen. Das Kultusministerium vergibt auch 2015 wieder Stipendien für Aufenthalte in Großbritannien, den USA, Kanada und Frankreich. Bis Monatsende können sich vorrangig Oberschüler ab der 8. Klasse mit guten Leistungen in der Sprache des Ziellandes, sozialen Kompetenzen, Teamfähigkeit und Ehrgeiz sowie ehrenamtlichem Engagement darum bewerben. Die Kosten für Unterbringung, Schulbesuch, Reise und Unterrichtsmaterialien werden fast komplett übernommen. stipendium@smk.sachsen.de



Deutlich weniger Teilnehmer als von Pegida erhofft: Die Islam-Kritiker waren für ihre Kundgebung extra in die Nähe der Dresdner Messe umgezogen. Foto (3): dpa

Pegida-Anhänger als „Helden“? Wilders Rede findet weniger Zuhörer als vermutet

Niederländischer Rechtspopulist lobt Islamkritiker in Dresden / Tausende protestieren gegen Kundgebung

VON KATHARINA RÖGNER UND CHRISTOPH SPRINGER

DRESDEN. Die lange geplante „Große Kundgebung“ von Pegida im Dresdener Ostragehege war ein Reinfall. Weniger als ein Drittel der vollmundig von Pegida-Gründer Lutz Bachmann angekündigten 30 000 Anhänger kamen, um ihn selbst, den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders und Oberbürgermeister-Kandidatin Tatjana Festerling zu hören. Viele gingen lange vor dem Ende der Veranstaltung, bei der Bachmann außerdem ankündigte, dass am nächsten Montag kein Pegida-„Spaziergang“ stattfinden wird.

Wilders lobte in seiner auf deutsch gehaltenen Rede unter anderem die Pegida-Anhänger als „Helden“, weil sie mit ihrem Einsatz die abendländische Kultur verteidigten. Außerdem betonte der bekannte Islamkritiker, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. „Ich applaudiere Euch, weil nichts falsch daran ist, deutsche Patrioten zu sein.“ Wilders weiter: „Unsere eigene Kultur ist ja die

beste Kultur, und Einwanderer müssen unsere Rechte annehmen und nicht andersherum.“

Tausende Dresdner protestierten auf mehreren Veranstaltungen und Demonstrationen gegen den Auftritt des niederländischen Rechtspopulisten. Darunter waren unter anderem auch der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir und die Parteichefin der Linken, Katja Kipping. Laut Angaben der Dresdner Polizei nahmen bis zu 3000 Menschen an Gegenprotesten teil. Die Lage sei insgesamt sehr friedlich gewesen, so ein Polizeisprecher. Dennoch gab es einzelne Rangeleien – es folgten zwölf Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, Beleidigung und Widerstand gegen Beamte. 1564 Polizisten waren im Einsatz, darunter Kräfte aus Brandenburg, Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Man kann nicht mehr nur von Menschen mit Fragen und Problemen reden.

Eva-Maria Stange (SPD), OB-Kandidatin

„

Die Gegendemonstranten beteiligten sich am Nachmittag bereits an einem Sternlauf mit drei Aufzügen unter dem Motto „Vielfalt vor Einheit“ und anschließender Abschlusskundgebung in der Dresdner Innenstadt mit bis zu 2500 Menschen. Aufgerufen hatte dazu das Bündnis „Dresden für Alle“. In der Dresdner Kreuzkirche fand ein Friedensgebet und im Anschluss auf dem Altmarkt eine Kundgebung für religiöse Vielfalt statt.

Das Dresdner Bündnis „Nazifrei“ hatte im Vorfeld zu Blockaden der Zufahrtswege zum Pegida-Veranstaltungsgelände, der sogenannten Flutrinne im Ostragehege, aufgerufen. Diese seien aber unterbunden worden, sagte ein Polizeisprecher. Eine Demonstration des Dresdner Bündnisses „Nazifrei“ in Hör- und Sichtweite der Pegida-Kund-

gebung wurde von der Stadt untersagt.

Das Bündnis „Nazifrei“ hatte im Vorfeld davor gewarnt, dass Dresden das „Zentrum einer neuen Rechten“ werden könnte. Die Vernetzung in ganz Europa sei längst im Gange.

Der Auftritt von Wilders stieß parteiübergreifend auf Kritik der Kandidaten für das Dresdner Oberbürgermeisteramt. Der Niederländer sei „ein Mensch, der Hass in sich trägt und spaltet“, sagte der CDU-Kandidat und sächsische Innenminister Markus Ulbig. Die SPD-Politikerin und Wissenschaftsministerin Sachsens, Eva-Maria Stange, sagte, mit dem Auftritt sei „eine Toleranzgrenze überschritten“. Man könne mit Blick auf Pegida nun endgültig „nicht mehr nur von Menschen mit Fragen und Problemen reden“, sagte Stange. Der FDP-Politiker Dirk Hilbert (FDP), der nach dem Rückzug von Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) als Erster Bürgermeister die Amtsgeschäfte führt, betonte, Dresden habe durch Pegida „ein dramatisches Imageproblem“.



Bückling auf der Bühne: Pegida-Gründer Lutz Bachmann (l.) begrüßt Geert Wilders in Dresden. Foto: AFP



Seifenblasen gegen Parolen: Die Gegendemonstranten machten zumeist friedlich gegen Pegida mobil.



Stark vertreten: Über 1500 Polizisten hatten insgesamt aber nur wenige kleine Rangeleien zu schlichten.

„Explosive Stimmung entlud sich gegen Vertragsarbeiter“

1979 starben zwei Kubaner in Merseburg nach einer Schlägerei – Historiker Harry Waibel über Attacken auf Ausländer in der DDR

LEIPZIG. Der Historiker Harry Waibel (68) hat in Stasi-Unterlagen und SED-Archiven herausgefunden, dass es in der DDR einen weit verbreiteten Rassismus gegen Vertragsarbeiter gab. Schwerpunkt der Übergriffe: der Bezirk Halle.

Wann begannen die ersten rassistischen Übergriffe in der DDR auf Ausländer? Mit dem Erscheinen der Vertragsarbeiter, als Mitte der siebziger Jahre zuerst Algerier, dann Mosambikaner, Angolaner und Kubaner kamen. Bis 1989 waren es etwa 90 000, darunter etwa 60 000 Vietnamesen, die jedoch in der späten DDR meist in Ruhe gelassen wurden.

Mit welchen Folgen? Es gab sofort massive Probleme zwischen der Bevölkerung und den Algeriern, die zuerst da waren und in Wohnheimen untergebracht wurden. Zu Pogromen kam es 1975 in Erfurt; nur mit Glück hat es da keine Toten gegeben.

Woher rührten die Ressentiments in der DDR-Bevölkerung? Lag es vielleicht auch daran, dass etwa Algerier D-Mark besaßen und damit materiell im Vorteil waren? Mit Sozialneid lässt sich das nur zum Teil erklären. Besonders die Geheimhaltungspolitik der SED trug ihren Anteil daran. Die DDR-Einwohner wussten doch überhaupt nichts über die Auslän-

der, die in ihren Betrieben arbeiteten.

Und als es die ersten Übergriffe und Ausschreitungen gab, hat die SED-Führung alles unter der Decke gehalten? Bis 1989 war die zentrale Doktrin, dass jegliche Konflikte mit Ausländern der Geheimhaltung unterstanden. Es gab offiziell keine Probleme und schon gar keine rassistischen Attacken von DDR-Bürgern auf Vertragsarbeiter.

Die es aber nach Ihren Recherchen in großer Zahl gegeben hat. War da eher unterschwellige Wut der Auslöser oder gab es konkrete Anlässe? Die Aggressionen richteten sich zunächst eher allgemein gegen die, die schon von ihrer Hautfarbe her anders waren. Dazu kam die Empörung darüber, dass etwa bei Vergewaltigungen durch Vertragsarbeiter, der oder die Täter nicht vor Gericht gestellt wurden. Diese Fakten in Verbindung mit der Schweigepolitik

der SED ergaben eine explosive Stimmung der Unzufriedenheit und der Selbstjustiz, die sich dann hochschaukelte und gewaltsam gegen Ausländer insgesamt entlud.

Haben Sie auch Todesfälle dokumentiert? Im August 1979 kam es vor der Disco Saaletal in Merseburg zu einer wüsten Schlägerei zwischen Einheimischen und

Kubanern, die von Algeriern unterstützt wurden. Dabei wurden zwei Kubaner getötet, ihre Leichen in der Saale gefunden. Mehrere Kubaner, die schwimmend das Ufer erreichen wollten, wurden von einer Brücke aus mit Flaschen beworfen und getroffen.

Zwei tote Kubaner, wurde da nicht akribisch ermittelt? Am Anfang hat das die Volkspolizei tatsächlich getan und zwei Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Stasi hat dann aber triumphierend vermerkt, dass das noch zurückgepfiffen werden konnte.

Warum wollte man die Täter schützen? Die SED-Führung wollte einen möglichen Schaden für die internationalen Beziehungen der DDR verhindern, das stand über allem. Der Fall wurde also nie aufgeklärt; es wäre juristisch noch möglich, denn Mord verjährt nicht.

Der DDR-Berzirk Halle mit der Chemie- und Schwerindustrie: War diese Region Zentrum der Angriffe auf Ausländer? Das war sicher so, weil in den großen Kombinatenn viele Arbeitskräfte gebraucht wurden. Aber auch an Standorten wie Prora, Kamenz, Löbau und Naumburg, wo ausländische Militärkader in der NVA ausgebildet wurden, kam es oft zu gewaltsamen Ausein-

KOMMENTAR

VON DIRK BIRGEL



Pegida am Scheideweg

Deutschland sucht den Superstar, Bauer sucht Frau. Und Dresden? Dresden sucht Antworten. Antworten auf Pegida. Ein Gespenst, das seit Oktober 2014 in Sachsens Hauptstadt umgeht. Während die islamkritische Bewegung überall in Deutschland gescheitert ist, feiert sie in Dresden fröhliche Urständ. Auch wenn gestern „nicht einmal“ 10 000 Menschen kamen, um dem niederländischen Islamfeind Geert Wilders zu lauschen, bleibt Elbflorenz das Mekka der Rechtspopulisten in Deutschland, wenn nicht in Europa.

Die Pegida-Anhänger lauschten den Worten Wilders, der den Islam schlicht für eine Krankheit hält, und Tatjana Festerling, die für Pegida bei der Dresdner Oberbürgermeister-Wahl antritt und die Flüchtlinge beschuldigt, in intakten sächsischen Gemeinden für Unruhe, Kriminalität und Destabilisierung zu sorgen. Damit ist sie ganz nah dran an Pegida-Gründer Lutz Bachmann, der diese Menschen als „Drecksack, Gesindel und Viehzeug“ bezeichnet. Keine Frage, die Spitze der Bewegung ist stramm rechts und offen ausländerfeindlich.

Aber was ist mit den tausenden Anhängern? Sind das alles verkappte Nazis? Teilweise ja, und den anderen die „nur mal“ ihrem Unmut Luft machen wollen, ist es egal, wenn sie da folgen. Pegida hat einen Nerv getroffen, und aus dieser diffusen Stimmung, dass einiges in diesem Land in die falsche Richtung läuft, ist eine Bewegung entstanden, die einen politischen Diskurs entfacht hat. Etablierte Parteien, Medien und Wissenschaft arbeiten sich an diesem Phänomen seit Monaten ab. Das gilt insbesondere für die CDU, die als Partei eine klare Haltung vermissen lässt, auch wenn ihr Ministerpräsident Stanislaw Tillich hin und wieder deutliche Worte findet. Jüngstes Beispiel: Die Union verweigerte ihre Unterschrift unter eine gemeinsame Erklärung pro Weltoffenheit von SPD, FDP, Grünen und Linken. Klare Kante sieht anders aus, was in einer Stadt, die wie keine zweite im Osten von Wissenschaftlern und Künstlern aus aller Welt profitiert und geprägt wird, Unruhe verbreitet.

Pegida freilich ficht das nicht an. Die patriotischen Europäer nehmen an diesem Diskurs nicht teil. Spätestens seit gestern Abend aber stellt die Frage im Raum, wo Pegida hin will. Der Protest hat seinen Zenit überschritten. Wilders würde nur allzu gern, seine „Partei für die Freiheit“ ins große Nachbarland ausdehnen. Pegida ist dabei der ideale Andockpunkt – nicht so zahm wie die Schaffis von der AfD, aber auch nicht mit dem Nazi-Etikett behaftet wie die NPD. Bachmann muss also überlegen, wohin er seine Bewegung steuert.

Dass er unter Wilders Flagge segelt, ist unwahrscheinlich. Aber den Weg in die Parlamente zu suchen, ist für Pegida unausweichlich. Denn auf der Straße läuft sich die Bewegung eines nicht mehr allzufernen Tages unweigerlich tot.

► dbirgel@lvz.de

ZUR PERSON

Harry Waibel (68), aus Lörrach stammender Historiker (Promotion 1996 an der FU Berlin), forscht und publiziert seit den neunziger Jahren zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus in der DDR. Er stellt die Ergebnisse in Vorträgen und bei Diskussionsrunden öffentlich vor. Heute referiert er ab 18 Uhr im Hörsaal 10 der Universität Leipzig, am 21. April in Zeitzkau und am 28. April in Merseburg.



Interview: André Böhmer